

FDP

Die Liberalen

Abstimmungen vom 18. Juni 2023, Parolen der FDP Schweiz zu den eidgenössischen Vorlagen

Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen)

JA

Mehr als 130 Staaten haben sich geeinigt, eine Mindestbesteuerung für Grossunternehmen einzuführen. Die OECD-Reform sieht eine Mindestbesteuerung von 15% für internationale Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro vor.

Hält sich die Schweiz nicht daran, dürfen andere Länder die fehlende Besteuerung der Unternehmen vornehmen. Bezahlen müssen die betroffenen Unternehmen die Ergänzungssteuer also in jedem Fall. Wird sie nicht in der Schweiz erhoben, verschenken wir diese Gelder ans Ausland. Dabei geht es um etwa 1 bis 2.5 Mrd. Franken, die Bund und Kantone dringend gebrauchen können.

Die Umsetzung der Reform sorgt auch für Rechtssicherheit. Dies ist wichtig für die rund 2'200 in der Schweiz tätigen Unternehmen, die von der Reform betroffen sind.

Die FDP ist für die OECD-Mindestbesteuerung, weil ...

... die Steuereinnahmen hierbleiben müssen;

... sie für unsere Wirtschaft Rechtssicherheit schafft;

... die Mehreinnahmen für die Standortattraktivität eingesetzt werden können.

FDP

Die Liberalen

Abstimmungen vom 18. Juni 2023, Parolen der FDP Schweiz zu den eidgenössischen Vorlagen

Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG)

JA

Die Vorlage macht Bevölkerung und Wirtschaft unabhängiger von Öl- und Gasimporten. Sie stärkt den Klimaschutz, ohne Verbote und ohne neue Abgaben. Wer in klimafreundliche Heizungen und innovative Technologie investiert, wird finanziell unterstützt.

Die FDP steht hinter dem CO₂-Emissionsziel Netto-Null bis 2050.

Für die FDP ist die Vorlage ein gangbarer Kompromiss, der einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit leistet.

Änderung des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

JA

Wie sich das Corona-Virus weiter entwickeln wird, lässt sich nicht mit Sicherheit voraussagen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass wieder gefährliche Virusvarianten entstehen. Das Parlament hat deshalb die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen im Covid-19-Gesetz bis Mitte 2024 verlängert. So können die Behörden im Notfall rasch handeln, um besonders gefährdete Personen und das Gesundheitssystem zu schützen.

Mehr über die FDP Pratteln finden Sie hier:
www.fdp-pratteln.ch - www.facebook.com/fdp.pratteln